

Die Verortung der natürlichen Person im Europäischen Zivilverfahrensrecht

Bearbeitet von
Markus Hahn

1. Auflage 2011. Taschenbuch. XXIV, 172 S. Paperback

ISBN 978 3 631 61161 6

Format (B x L): 14 x 21 cm

Gewicht: 270 g

Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht
allgemein, Gesamtdarstellungen > Internationales Zivilprozessrecht,
Schiedsverfahrensrecht

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einführung	1
Kapitel 1: Einleitung	3
A. Gegenstand und Ziel der Arbeit.....	3
B. Gang der Untersuchung	5
C. Die Auslegung der Anknüpfungsmomente.....	6
Kapitel 2: Die konkurrierenden europäischen Zuständigkeitsordnungen	9
A. Die Regelungen der internationalen Zuständigkeit	9
B. Interessen bei der Zuordnung der internationalen Zuständigkeit	12
I. Staatliche Interessen	12
II. Parteiinteressen.....	13
III. Festlegung der Zuständigkeiten als nationale Angelegenheit.....	13
C. Folge der unterschiedlichen Zuständigkeitsregelungen für die Anerkennung einer Entscheidung.....	16
I. Notwendigkeit der Anerkennung und Vollstreckung.....	16
II. Bilaterale Staatsverträge als Folge unterschiedlicher Zuständigkeitsregelungen.....	18
D. Das Zusammenspiel zwischen Entscheidungs- und Anerkennungszuständigkeit.....	19
E. Exkurs: Das Ziel einer idealen Zuständigkeitsordnung.....	21
I. Grundsatz der strikten Egalität der Staaten	22
II. Keine Vorfestlegung auf ein bestimmtes Anknüpfungsmoment	23
III. Verwirklichung des idealen Systems auf Gemeinschaftsebene?	24
F. Zusammenfassung.....	25

Kapitel 3: Entwicklung und Stand des Europäischen Zivilverfahrensrechts	27
A. Das EWG-Übereinkommen von 1968.....	27
B. Die erweiterten Handlungsmöglichkeiten nach dem Vertrag von Maastricht.....	29
C. Die Vergemeinschaftung der ziviljustiziellen Zusammenarbeit.....	31
D. Die Brüssel I-Verordnung vom 22. Dezember 2000.....	32
E. Ehe- und Kindschaftsverfahren.....	33
F. Grenzüberschreitende Kooperation im Europäischen Justizraum.....	34
I. Zustellungen im europäischen Binnenmarkt.....	34
II. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beweisaufnahme.....	35
III. Prozesskostenhilfe.....	35
G. Die Europäische Insolvenz-VO.....	36
H. Auf dem Weg zur Abschaffung des Exequaturverfahrens.....	37
I. Der Europäische Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen.....	38
II. Die Europäische Mahnverordnung.....	39
III. Das Europäische Verfahren für geringfügige Forderungen.....	40
IV. Die Europäische Unterhaltsverordnung.....	40
I. Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Zivilverfahrensrecht.....	42
J. Zusammenfassung.....	43
Kapitel 4: Die Abkehr vom Staatsangehörigkeitsprinzip im Europäischen Zuständigkeitsrecht	45
A. Allgemeines.....	45
B. Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit.....	45
C. Die Gründe für die Abkehr von der Staatsangehörigkeitsanknüpfung.....	47
I. Abkehr von der Staatsangehörigkeitsanknüpfung als Gebot der Logik?.....	48
II. Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot?.....	50
1. EuGVÜ als Teil der gemeinschaftsrechtlichen Normenhierarchie.....	50

2.	Verbot der Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit.....	51
3.	Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit durch Art. 3 Abs. 1 lit. a 6. Spiegelstrich EuEheVO II	52
4.	Zusammenfassung	54
III.	Das Ziel des Gemeinsamen Binnenmarktes	54
IV.	Staatsangehörigkeit als starres Anknüpfungsmoment.....	56
V.	Praktikabilitätserwägungen	57
VI.	Zusammenfassung	58
D.	Verbleib der Staatsangehörigkeit als Anknüpfungskriterium.....	58
I.	Besondere Zuständigkeit nach Art. 5 Nr. 4 EuGVÜ/EuGVVO für Adhäsionsverfahren.....	59
II.	Klägerforum bei gemeinsamer Staatsangehörigkeit nach Art. 3 Abs. 1 lit. b EuEheVO II	60
E.	Ergebnis.....	61
Kapitel 5:	Die Wohnsitzanknüpfung im Europäischen Zivilverfahrensrecht	63
A.	Das Zuständigkeitssystem der Brüssel I-Verordnung	63
B.	Die verschiedenen Wohnsitzbegriffe innerhalb des Brüssel I-Regimes	64
C.	Folgen der ungleichen Wohnsitzbegriffe.....	67
I.	Verhinderung einer autonomen Auslegung des Wohnsitzbegriffs	68
II.	Vielzahl der Wohnsitzbegriffe in der heutigen EU	69
III.	Kompetenzkonflikte	69
1.	Positive Kompetenzkonflikte.....	70
2.	Negative Kompetenzkonflikte	70
a)	Lösungsmöglichkeiten	71
b)	Kritik.....	71
c)	Stellungnahme	72
D.	Vereinheitlichungsbemühungen des Wohnsitzbegriffs	72
I.	Wohnsitzbegriff nach der Renvoi-Konvention.....	72
II.	Empfehlung des Europarates vom 18. Januar 1972	73
1.	Wohnsitz als mit der Absicht des Bleibens freiwillig gewählter Lebensmittelpunkt.....	74

2. Fortdauer des Wohnsitzes	75
3. Abgeleiteter Wohnsitz Minderjähriger	76
4. Zusammenfassung	77
III. Wohnsitzdefinition durch den EuGH?	77
1. Die Entscheidung Fernández gegen die Kommission der Europäischen Gemeinschaften	78
2. Die Entscheidung Paraskevas Louloudakis gegen Elliniko Dimosio	79
3. Zusammenfassung	81
E. Der Wohnsitzbegriff als Verortungsmerkmal im übrigen Europäischen Zivilverfahrensrecht	81
I. Der Wohnsitz als Bestimmungsmerkmal der „grenzüberschreitenden Rechtssache“	81
II. Der Wohnsitz in weiteren gemeinschaftsrechtlichen Rechtsakten	85
1. Der Wohnsitz des Verbrauchers als Voraussetzung der Bestätigung eines Titels nach der EuVTVO	85
2. Der Wohnsitz des Schuldners im Rahmen des insolvenzrechtlichen Zuständigkeitsrecht	85
3. Verwendung des Wohnsitzes in der EuZustVO	86
4. Autonome Auslegung des Wohnsitzbegriffs?	87
a) Grundsätzliches Gebot der autonomen Auslegung	87
b) Völkerrechtlicher Ursprung von EuInsVO und EuZustVO	87
c) Stellungnahme	88
d) Konsequenz für die Rechtsanwendung	88
F. Zusammenfassung	89
Kapitel 6: Der gewöhnliche Aufenthalt der natürlichen Person	91
A. Allgemeines	91
B. Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungsmoment der EuEheVO II	92
I. Allgemeine Bemerkungen	92
II. Zur Entstehungsgeschichte der EuEheVO II	93
1. Das Haager Übereinkommen über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen vom 1. Juni 1970	93
2. Der Heidelberger Entwurf der „Groupe Européen de Droit International Privé“ vom 2. Oktober 1993	95

3. Das EuEheÜ vom 28. Mai 1998	97
4. Die EuEheVO I vom 29. Mai 2000	98
5. Die EuEheVO II vom 27. November 2003	98
6. Zusammenfassung	99
III. Der gewöhnliche Aufenthalt im Rahmen von Art. 3 EuEheVO II.....	100
1. Vorbemerkung: Das zuständigkeitsrechtliche Anknüpfungsmerkmal als Ausdruck einer räumlichen Nähe zum Gerichtsstaat	100
2. Der schlichte Aufenthalt.....	102
3. Der Aufenthalt als gewöhnlicher	104
a) Der gewöhnliche Aufenthalt nach der von <i>Borrás</i> zitierten Entscheidung des EuGH	104
b) Gewöhnlicher Aufenthalt kraft sozialer Integration	105
c) Begründung des gewöhnlichen Aufenthalts durch längeren Aufenthalt oder die Absicht den Aufenthaltsort zum Lebensmittelpunkt zu machen	106
d) Stellungnahme	107
aa) Die Voraussetzung der freiwilligen Wahl des Aufenthaltsortes in Bleibeabsicht	108
bb) Das Erfordernis einer sozialen Integration	108
cc) Der gewöhnliche Aufenthalt als der Lebensmittelpunkt einer natürlichen Person	110
e) Ergebnis	112
IV. Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung	112
1. Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungsmerkmal im Rahmen von MSA und KSÜ	114
2. Der gewöhnliche Aufenthalt als Zuständigkeitsmerkmal nach Art. 8 EuEheVO II.....	117
a) Zweck der Zuständigkeitsvorschrift des Art. 8 EuEheVO II	117
b) Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts durch den EuGH.....	118
3. Zuständigkeitsfortdauer in Fällen von Kindesentführungen.....	121
4. Zusammenfassung	122

C.	Der Entwurf für eine Europäische Erbrechtsverordnung	122
I.	Einführung	122
II.	Der gewöhnliche Aufenthalt als kollisionsrechtliches Anknüpfungsmerkmal	124
1.	Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts durch die Europäische Kommission.....	126
2.	Kritik	126
3.	Lösungsvorschlag	128
III.	Zusammenfassung	129
D.	Ergebnis.....	130
Kapitel 7:	Der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen - COMI.....	131
A.	Allgemeines.....	131
B.	Die Entwicklung des Europäischen Insolvenzrechts	132
I.	Bemühungen um ein Europäisches Konkursübereinkommen	132
II.	Das Anknüpfungsmerkmal des Geschäftszentrums des Schuldners.....	134
1.	Der erläuternde Bericht von Lemontey zum Entwurf 1980.....	134
2.	Allgemeine Stellungnahme zum Entwurf von 1980	135
3.	Stellungnahme	135
4.	Zusammenfassung	136
III.	Der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen als Kunstbegriff	136
C.	Das COMI als Anknüpfungsmerkmal im Rahmen des EuInsÜ und der EuInsVO	137
I.	Zielsetzung der Zuständigkeitsregelung	137
1.	Exklusivität des Hauptverfahrens	137
2.	Erkennbarkeit des COMI für den Schuldner	138
a)	Eurofood IFSC Entscheidung des EuGH	138
b)	Das COMI der juristischen Personen und Gesellschaften	139
c)	Initiative Deutschlands und Finnlands zur EuInsVO.....	140
d)	Folgerung für die „Interessen“ des Schuldners	140
3.	Herstellung einer Nähebeziehung zum Schuldner	141
4.	Zusammenfassung	142

II. Unterteilung der natürlichen Personen in Selbständige und abhängig Beschäftigte	142
III. Das COMI der übrigen natürlichen Personen.....	143
1. Der Arbeitsort	144
2. Der Wohnsitz	144
3. Der gewöhnliche Aufenthalt	147
a) Erkennbarkeit des gewöhnlichen Aufenthalts	147
b) Die Verlagerung des COMI in einen anderen Mitgliedstaat	147
c) Möglichkeit des Auseinanderfallens von COMI und gewöhnlichem Aufenthalt	149
IV. Zusammenfassung	151
Kapitel 8: Abschließende Bemerkungen.....	153